

Frau Bezirksverordnetenvorsteherin  
Petra Dittmeyer

Dienstgebäude  
Rathaus Schöneberg  
John-F.-Kennedy-Platz  
10820 Berlin

Telefon (030) 90277 - 2880  
Telefax (030) 90277 - 2118  
Vermittlung (030) 90277 - 0

Geschäftszeichen: FinPers I  
Bearbeiter: Vater  
E-Mail: andreas.vater@ba-  
ts.berlin.de

Datum: .2012

### **Kleine Anfrage Nr. 32 der Bezirksverordneten Aferdita Suka Beschäftigungsentwicklung unter Berücksichtigung des Migrationshintergrunds**

Sehr geehrte Frau Dittmeyer,

die o.a. Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Frage 1: „Wie viele Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber schieden in der letzten Wahlperiode aus und wie vielen Vollzeitäquivalenten (VZÄ) entspricht das?“

In der letzten Wahlperiode sind insgesamt 510 Dienstkräfte ausgeschieden, dies entspricht 471,66 VZÄ. Darin enthalten sind alle Formen des Ausscheidens, also Ruhestand (auch vorzeitig), Versetzungen zu anderen Behörden (auch Versetzungen zum ZeP), Kündigungen, Auslaufen von befristeten Verträgen, Tod.

Frage 2: „Wie viele Stellen (VZÄ) wurden nicht wieder besetzt? In welchen Bereichen wurden Stellen (VZÄ) abgebaut? Wurden diese Aufgaben dann durch Externe (z.B. Honorarkräfte, Werkauftragnehmer/innen) erledigt?“

Von den 471,66 Stellen (VZÄ) wurden 251,04 nicht wieder besetzt. Diese verteilen sich wie folgt:

Abt. FinPersWiFö	15	Jugendamt	25,22
Ordnungsamt	6	Bürgerdienste	11
FM	30,19	TiefGrün	92
WbildKult	18	Schule	3
Stadtentw.	26	Sozialamt	13
Gesundheit	11,63		

Die Aufgaben wurden zum größten Teil nicht durch Externe wahrgenommen, sondern führten zur Arbeitsverdichtungen in allen Bereichen. In der Folge mussten viele Arbeitsgebiete umstrukturiert werden, um die Aufgabenerfüllung mit geringerem Personalbestand zu gewährleisten. Eine Vielzahl der rd. 250 Stellen wurde eingespart, die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber teilweise zum ZeP versetzt.

Lediglich in wenigen Bereich wurden Aufgaben an Externe vergeben. In der SE FM wurden Aufgaben der Entwurfsplanung, der Bauleitung und der Fachbauleitungen Elektrotechnik, Versorgungstechnik und Nachrichtentechnik an freischaffende Architekten und Ingenieure vergeben. Im LuV TiefGrün wurden Aufgaben der Müllbeseitigung in Grünanlagen, der Baumpflege, der Grünpflege, und der Straßenbegehung an Externe vergeben. Im Jugendamt gibt es Kooperationen mit freien Trägern, in Jugendfreizeitheimen werden in geringem Umfang Honorarkräfte beschäftigt. Das Sozialamt hat die Einrichtung Czerniskistraße an freie Träger übergeben, die Schuldnerberatung erfolgt seit Jahren durch die Verbraucherzentrale. Der Internetauftritt „Wohnen und Leben im Alter“ wird bei Bedarf durch Externe betreut. In den Sprechstunden und bei Hausbesuchen werden im Sozialamt Sprachmittlerinnen und Sprachmittler als Honorarkräfte eingesetzt.

Frage 3: „ Wurden die neu zu besetzenden Stellen öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben? In welcher Weise wurde die Ausschreibung beschränkt?“

Wie aus den o.g. Zahlen ersichtlich, konnten nur weniger als die Hälfte der Stellen wieder besetzt werden. Bei allen Stellenbesetzungen ist nach der Landeshaushaltsordnung vorrangig Personalüberhang unterzubringen. In der Praxis ist vom Bezirksamt folgender Ablauf festgelegt worden. Zunächst ist interner Personalüberhang für die Besetzung von Stellen zu prüfen, so z.B. der Überhang aus den ehemaligen Städtischen Pflegeeinrichtungen. Als weiterer Schritt ist ein Interessenbekundungsverfahren innerhalb des Bezirks vorgesehen. Hier können sich zur Vermeidung künftigen Personalüberhangs interessierte Dienstkräfte des Bezirks bewerben, die ohne Änderung ihrer Eingruppierung wertgleich umgesetzt werden können. In der Regel wird zeitgleich die freie Stelle dem Zentralen Personalüberhangmanagement (ZeP) gemeldet. Nur in den wenigen Fällen, in denen vom ZeP kein vermittelbarer Überhang vorgeschlagen wird und auch keine wertgleichen Umsetzungsmöglichkeiten innerhalb des Bezirks bestehen, erfolgt eine Ausschreibung. Diese öffentliche Ausschreibung kann entweder nur im bezirklichen Mitteilungsblatt oder zusätzlich im Amtsblatt für Berlin erfolgen. Bei der Besetzung von Beamtenstellen ist in der Regel eine Ausschreibung im Amtsblatt aus beamtenrechtlichen Gründen erforderlich. Eine Beschränkung der Ausschreibung erfolgt durch den Hinweis, dass sich die Ausschreibung vorrangig an Mitarbeiter/innen richtet, die bereits in einem dauerhaften Dienstverhältnis zum Land Berlin stehen. Diese Einschränkung ist durch die jeweiligen Haushaltswirtschaftsrundschreiben der Senatsverwaltung für Finanzen erforderlich, da Außeneinstellungen in den vergangenen Jahren nur in äußerst begrenztem Umfang zugelassen wurden.

Sofern Außeneinstellungen in fachspezifischen Berufsgruppen möglich sind, erfolgt seit einiger Zeit die Ausschreibung mit dem Zusatz: „Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund, die die Einstellungsvoraussetzungen erfüllen, sind ausdrücklich erwünscht.“

Frage 4: „Wie viele davon wurden mit internen Bewerberinnen und Bewerbern bzw. aus dem Überhang besetzt? Wie viele wurden mit externen Bewerbern besetzt?“

Mit internen Bewerberinnen und Bewerbern bzw. aus dem Überhang wurden 151,12 VZÄ besetzt. Wie aus der Antwort zu Frage 3 ersichtlich, konnten nur in wenigen Ausnahmefällen externe Bewerber eingestellt werden. Von den 220,62 Stellen konnten in der letzten Legislaturperiode 69,5 Stellen mit externen Bewerbern besetzt werden. Für die Jahre 2010 und 2011 wurde von der Senatsverwaltung für Finanzen ein Kontingent von 15,72 bzw. 19,8 Stellen zugelassen. Diese Zahlen bezogen sich jedoch nur auf Stellen für fachspezifische Berufe, für den allgemeinen Verwaltungsdienst galt ein generelles Außeneinstellungsverbot.

Frage 5: „Wie viele der neu besetzten Stellen entfallen auf Vergütungsgruppen ..., Status..., arbeitsrechtliche Gestaltung...?“

Regelmäßige statistische Aufzeichnungen zu dieser Frage werden von der SE Finanzen und Personal nicht geführt. Eine spezifizierte Auswertung ist aus Gründen des unverhältnismäßig hohen Arbeitsaufwands leider nicht möglich.

Frage 6: Wie viele der Stellen(neu)besetzungen entfielen in der letzten Wahlperiode auf Menschen mit Migrationshintergrund (bitte nach Vergütungsgruppen und Status gliedern)?“

Diese Frage kann nicht beantwortet werden, weil gezielte Fragen zum Migrationshintergrund nur von wenigen Organisationseinheiten in Vorstellungsgesprächen gestellt wurden und solche Fragen in den Personalfragebögen nicht enthalten sind. Lediglich für den Bereich der Ausbildung liegen konkrete Angaben vor (siehe Frage 8). Die Bewerbungsunterlagen sind auch in wenigen Fällen aussagekräftig. Im übrigen sind die Bewerberinnen und Bewerber nicht verpflichtet, Auskünfte über die Herkunft der Eltern zu geben. Eine Auswertung ist daher nicht möglich. Allerdings wird in einigen Bereichen (z.B. im Regionalen Sozialdienst des Jugendamtes oder im Gesundheitsamt) für bestimmte Aufgabenbereiche zunehmend gezielt Personal mit Migrationshintergrund gesucht.

Frage 7: „Wurden infolge des Stellenabbaus und neu hinzugekommenen Aufgaben bezirkliche Aufgaben durch Externe, z.B. Honorarkräfte, Werkauftragsnehmer/innen erledigt? Wenn ja, um welche Aufgaben in welchen Bereichen handelt es sich?“

Siehe Antwort zu Frage 2.

Frage 8: „Ist der Bezirk der von ihm übernommenen Zielvorgabe des Senats näher gekommen, den Anteil der Azubis mit Migrationshintergrund bis zum Jahr 2013 im öffentlichen Dienst auf 25% zu erhöhen (bitte nach Ämtern und nachgeordneten Bereichen gliedern)? Gibt es ähnliche Zielvorgaben auch für die übrigen Beschäftigten? Wenn ja, wie wurde sie umgesetzt (bitte ebenfalls nach Ämtern und nachgeordneten Bereichen gliedern)?“

Der Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund ist bei den im Bezirk angebotenen Ausbildungsberufen unterschiedlich hoch. Bei der Besetzung der Ausbildungsplätze für die allgemeine nichttechnische Verwaltung wird seit mehreren Jahren erfolgreich versucht, Auszubildende mit Migrationshintergrund entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung einzustellen. Zur Zeit befinden sich 33 junge Menschen in einer Ausbildung zum/zur Verwaltungsfachangestellten bzw. Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation. Von diesen Auszubildenden haben acht einen Migrationshintergrund, dies entspricht 24,2%. Am 01.09.2012 beginnen 15 Auszubildende ihre Ausbildung im Verwaltungsbereich, von diesen haben fünf einen Migrationshintergrund, dies entspricht 33%.

Im Bereich Garten- und Landschaftsbau befinden sich zur Zeit 12 Auszubildende in der Ausbildung zur Gärtnerin / zum Gärtner, keiner dieser Auszubildenden hat einen Migrationshintergrund.

In den Bibliotheken werden vier junge Frauen zur Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste ausgebildet, zwei von ihnen haben einen Migrationshintergrund, dies entspricht 50%.

Von den vier Auszubildenden für den Beruf der Vermessungstechnikerin / des Vermessungstechnikers hat keiner einen Migrationshintergrund.

Frage 9: „In welchen Wegen erfolgten die Stellenausschreibungen? Welche davon haben sich als besonders erfolgreich herausgestellt, um Menschen mit Migrationshintergrund zu rekrutieren?“

Die Ausschreibungen für die Ausbildungsplätze erfolgen über das Jobportal der Agentur für Arbeit und für die Verwaltungsberufe zusätzlich über das Internetportal der Kampagne „Berlin braucht dich“. Die allermeisten Bewerberinnen und Bewerber beziehen sich auf die Ausschreibung bei der Agentur für Arbeit, nur wenige auf „Berlin braucht dich“. Hier müssten die Schulen noch besser über die Kampagne und die Ausbildungsplatzangebote informieren. Die Ausbildungsleitung beteiligt sich seit mehreren Jahren aktiv an der Kampagne „Berlin braucht dich“ und pflegt auf den Konsortialtreffen Kontakte zu teilnehmenden Schulen. Für die Ausbildungsberufe im Verwaltungsbereich sind zur Zeit keine darüber hinaus gehenden Aktivitäten geplant, da es eine ausreichend hohe Zahl an Bewerberinnen und Bewerbern mit Migrationshintergrund gab. Für die 15 Ausbildungsplätze im Jahr 2012 gab es insgesamt 702 Bewerbungen, davon hatten 173 einen Migrationshintergrund.

Für die Ausbildungsplätze im Garten- und Landschaftsbau sowie im Vermessungswesen gestaltet sich die Situation schwieriger. Hier ist die Gesamtzahl der Bewerbungen in den letzten Jahren stark rückläufig, so dass eine gezielte Berücksichtigung von Bewerberinnen und Bewerbern mit Migrationshintergrund bei gleicher Eignung nur sehr eingeschränkt möglich ist.

Frage 10: „Welche Überlegungen und Strategien bestehen, um mehr Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund für den höheren Dienst und für Führungsaufgaben u.ä. zu rekrutieren?“

Die Einstellungen der Regierungsreferendare werden zentral durch die Senatsverwaltung für Inneres und Sport vorgenommen. Hier hat der Bezirk keine Möglichkeit der Steuerung. Im übrigen stehen Stellen im höheren Dienst in der Bezirksverwaltung nur in sehr begrenztem Rahmen zur Verfügung. Im Stellenplan 2012 sind dies 51,45 Stellen, dies entspricht einem Anteil von 3,07 % aller Stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Angelika Schöttler